

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk., halbjährlich 36.— Mk., jährlich 72.— Mk. — Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung
..... der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die Hauptzeile 2.— Mk., von auswärts 4.— Mk., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bel. Tarif, die 3. Zeile 1.— Mk., 4. Zeile 7.— Mk., bei Wiederholung Rabatt. — Annahme des Briefs 9 Uhr. — Postkontor Danzig 7945. — Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 7200.

Nr. 8

Dienstag, den 11. Januar 1921

12. Jahrgang

Die deutsche Wirtschafts- und Arbeitskrise.

Ausbreitung der kommunistischen Streikhege.

Düsseldorf, 10. Jan. Gegen eine unverantwortliche neue Streikhege, die insbesondere von der K. P. D. ausgeht, nehmen die Geschäftsleitung des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, die Bergarbeiterverbände und der Metallarbeiterverband in einem Aufruf Stellung, nach dem die organisierten Arbeiter des Rheinlandes und Westfalens sich an keiner Aktion beteiligen sollen, die nicht ausdrücklich als solche der freien Gewerkschaften bezeichnet ist. Diesem Aufruf haben sich die Leitung der U. S. P. für das Rheinland und der S. P. D. Rheinland angeschlossen.

Hamborn, 10. Jan. Die Thyllenhütte teilt mit, daß von morgen früh ab die Hütte für beschränkten Betrieb wieder eröffnet werde, da sich im Laufe des heutigen Tages Tausende von Arbeitswilligen zur Arbeit gemeldet hatten. Der Streik auf den Schachtanlagen im Hamborner Bezirk ist so gut wie beendet.

Die Eisenbahnerkrise noch nicht beseitigt.

Berlin, 10. Jan. Wie uns von beteiligter Seite mitgeteilt wird, hat der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes in zweitägiger Beratung zu dem durch den 16. er Ausschuss und die Regierung zustande gekommenen Verhandlungsergebnis Stellung genommen. Die völlig unzureichenden Zugeständnisse und die auf der Eisenbahnerorganisation lastende große Verantwortung veranlassen den erweiterten Vorstand, vor der endgültigen Beschlussfassung erst noch entsprechende Schritte zur völligen Klärung der Sachlage zu unternehmen. Der Beschluss steht demnach noch aus.

Die Bremer Ueberraschung.

Nach dem endgültig vorliegenden Resultat des Bremer Volksentscheides haben von 210 000 Stimmberechtigten 175 935 abgestimmt. Davon waren 100 554 Stimmen für Beibehaltung und 74 380 Stimmen gegen Beibehaltung der Stadtwehr. Dies Ergebnis hat die bürgerlichen Sieger ebenso stark überrascht wie die unterlegenen Sozialisten. Abgesehen von der aus unerklärlichen Geldquellen gespeisten Verleumdungskampagne der bürgerlichen Parteien ist dabei das Geistesbild der kommenden kommunistischen Schreckensherrschaft weitestgehend ausschlaggebend gewesen. Die kommunistischen Erwerbslosendemonstrationen im Berliner Rathaus und im jüdischen Landtag lieferten dem Bremer Bürger eine nur allzu wirksame Agitationsmaterial. Eine ganz böserliche Wahlhilfe erhielten die Bürgerlichen noch in letzter Minute durch die Reichsregierung. Der demokratische Reichsinnenminister hat erklärt in einer Versammlung in Bremen, die Reichsregierung halte die Ruhe und Ordnung in Bremen für gefährdet, wenn die sozialistische Parlamentsmehrheit auch eine sozialistische Regierung bilden würde. Was also in Braunschweig, Thüringen und Sachsen möglich ist, soll in Bremen unmöglich sein. Bei diesem ministeriellen Drakel könnte einem beinahe der Verstand still stehen. Das Bremer Parlament mit seiner sozialistischen Mehrheit wird sich mit dieser unglaublichen Wahlbeeinflussung noch zu beschäftigen haben.

Am 6. Juni des vorigen Jahres hätte Bremen eine rein sozialistische Regierung haben können. Die Unabhängigen haben damals in ihrer unerforschlichen Weisheit anders beschlossen. Sie tragen die Schuld, wenn auch heute die Bremer Bevölkerung keine sozialistische Regierung mehr haben will.

Vogel amnestiert.

Wie die Berliner „Freiheit“ — der wir die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Meldung zunächst überlassen müssen — mitteilt, ist nun auch der ehemalige Oberleutnant Kurt v. Vogel durch einen Beschluss des Landgerichts Berlin amnestiert worden und befindet sich bereits wieder in Deutschland. Vogel ist bekanntlich seinerzeit als mitschuldig an der Ermordung Rosa Luxemburgs vom Kriegsgericht zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden, konnte sich jedoch seiner Bestrafung durch seine Flucht ins Ausland mit gefälschten Papieren entziehen.

Mit der Feststellung, daß der von einer Offizierskamarilla vorbereitete Mord an Liebknecht und Rosa Luxemburg unter die anderthalb Jahre später den kappistischen Hochverrätern zugeschaltete Umtriebe falle, hat die deutsche Klassenjustiz ihrem Ruhmestranke ein neues Blatt von unermesslicher

Schimmer eingefügt. Wir überlassen es jedem Leser, sich selber seinen Kommentar zu dieser Meldung zu machen. Wie legt doch Theobald Tiger in seinem Gedicht „Unter Mitternachts“:

Liebknecht ist tot, Vogel heilt!
Solche Mörder straft Deutschland nie!

Die französische Regierung wünscht eine Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau Frankreichs.

Berlin, 11. Jan. Wie die „Post“ z. B. mitteilt, bedeutet die Verschlebung der Brüsseler Verhandlungen bis nach der Pariser alliierten Ministerpräsidentenkonferenz keineswegs einen Aufschub in den Reparationsverhandlungen, die die deutsch-französischen Interessen betreffen. Vielmehr werde sich schon in den nächsten Tagen Staatssekretär Bergmann mit anderen deutschen Delegierten wieder nach Paris begeben, um dort die in Brüssel unterbrochenen Verhandlungen mit Frankreich fortzuführen.

Demselben Blatte zufolge sind in Berlin Vorschläge der französischen Regierung eingetroffen, in denen zum ersten Male von einer aktiven Beteiligung Deutscher am Wiederaufbau Frankreichs die Rede ist.

Berlin, 10. Jan. Im weiteren Verlaufe der Sachverständigenkonferenz in Brüssel wird die Frage der industriellen Organisation der deutschen Lieferungen eine besondere Bedeutung erlangen. Die Reichsregierung hat daher den alliierten und assoziierten Regierungen vorgeschlagen, daß neben den Herren Staatssekretär Bergmann und Reichshandelspräsident Jansen die vom Reichsverband der deutschen Industrie genannten Herren Generaldirektor Tögl und Kommerzienrat Peter Albiner als deutsche Delegierte an den weiteren Verhandlungen teilnehmen.

Paris, 10. Jan. Nach einer Meldung der „Information“ wird Moliti der Tagung des Obersten Rates nicht beiwohnen.

Bayern an Stelle des Ruhrgebiets.

London, 10. Jan. In der Entwaffnungsfrage beschäftigt sich die englische Presse neuerdings mehrfach mit dem ansehnlichen zuerst von dem Berliner Richterlatte des „Manchester Guardian“ gemachten Vorschlag, die Entente solle, um ein renitentes Bayern zu bestrafen, nicht das Ruhrgebiet, sondern Bayern selbst besetzen. Mehrere Blätter gemäßigter Richtung nehmen diesen Vorschlag mit der Begründung auf, daß die militärische Ausführung nicht schwer sei.

Liquidation deutschen Eigentums in Belgien.

Brüssel, 10. Jan. Der Ministerrat stimmt in seiner heutigen Sitzung einen vom Wirtschaftsminister v. den Eyvere ausgearbeiteten Gesetzentwurf zu, der die Liquidation der in Belgien beschlagnahmten deutschen Güter vorsieht.

Amerikanische Milchkühe nach Deutschland unterwegs.

Nach einer Blättermeldung aus Bremen ist am 8. Januar der amerikanische Dampfer „West-Arrow“ von Galvestone abgegangen und trifft im Laufe dieses Monats mit 712 amerikanischen Milchkühen in Bremen ein.

Brotmangel in Warschau.

Nach einer Meldung des „Tagebl.“ aus Warschau über die dortige Ernährungsfrage herrscht in der Stadt völliger Brotmangel. Statt der benötigten 600 Waggons Mehl hat Warschau nach Auskunft des Versorgungsamtes nur 6 erhalten. Infolgedessen hat in dieser Woche nur der siebente Teil der Bäckereien mit Mehl beliefert werden können. Der Zusammenbruch der städtischen Verpflegung wird auf die mangelhafte Organisation und die gesunkenen Leistungen des Transportwesens zurückgeführt.

Beginn des Landtagswahlkampfes in Preußen.

Berlin, 10. Jan. Ebenso wie die Sozialdemokratische Partei sind auch die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei in den Wahlkampf eingetreten. Die erste hielt eine Versammlung in Potsdam ab, in der die Forderung gestellt wurde, ein starkes Preußen im Interesse einer gesunden Reichsentwicklung zu erhalten. In der Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei wurde der Kampf gegen den Kommunismus, das Verhältnis zur Landwirtschaft und die Einschaltung des Arbeiters in die nationale Bewegung behandelt.

Zusammenbruch oder Aufbau?

„So kann es nicht mehr weitergehen!“

Diesen Strohfeuer hört man nun seit zwei Jahren, und immer wieder. Und wer nicht gänzlich abgestumpft und gleichgültig gegen das Elend unserer Zeit geworden ist, wer sich nicht in blinder Schicksalsgläubigkeit traut, und willens ist, den Ereignissen treiben oder auch wehrhalten zu können, der kann sich unmöglich der tiefen Berechtigung dieses Aufschreies verschließen. Aber seit der Beendigung des Krieges ist das Weltelend von Monat zu Monat schlimmer geworden, und trotz aller Besserungsvorschläge herrscht allgemein eine niederdrückende Hoffnungslosigkeit über die Rettung vor dem völligen Zusammenbruch. Ganz gewiß muß es bald und gründlich anders werden, aber die Frage nach dem „Wie“ scheint heute unvergleichlich schwieriger als einstmals die Lösung des Rätsels der Sphinx.

Wasade in diesen Tagen zeigt sich wieder in unermesslichen und sozialen Leben eine ganz besonders harte Notwendigkeit. Der Januar scheint bereits der traditionelle Krisenmonat geworden zu sein. Vor drei Jahren, nach im letzten Kriegsjahre, erlebte wir den großen Generalstreik in Berlin, vor zwei Jahren stand Berlin im Zeichen des blutigen Spartakuspulches und der Besetzung und Beschießung der Reichstagsgebäude, und im vorigen Jahre brachten Eisenbahnerstreik und blutige Demonstration vor dem Reichstagsgebäude dem Januar ihr düsteres Gepräge auf. Auch um diese Jahreswende ist die Gefahr eines neuen Eisenbahnerstreiks nur mit knapper Not beschworen worden, und die Folge ist eine neue schwere Belastung der deutschen Finanzkraft. Auch sonst droht gegenwärtig das Streikfever wieder erheblich weitere Kreise zu ergreifen.

Die Wirtschafts- und Arbeitskrise ist inzwischen in der ganzen Welt allgemein geworden. Aus allen Ländern, nicht zum wenigsten aus dem reichen Industrieland England, das die Grunda des Krieges eingeheimt hat, kommen immer neue Meldungen über Zunahme der Arbeitslosigkeit, Betriebsstilllegungen und Lohnkürzungen. Die deutsche Reichsregierung befindet sich in einem ständigen Notenwechsel mit der Reichskonferenz über die Mittel zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft. Und während die Arbeiterschaft, an der Spitze die Ruhrbergleute, ihr Bestes daran setzt, um durch gesteigerte Arbeitsleistung die Rettung aus dem Volkselend herbeizuführen, sind einflussreiche reaktionäre Kreise am Werke, durch Putschorganisationen unter dem fadenheiniigen Mantel einer vorübergehenden Legalität immer neue Gefahren, wie beispielsweise die französische Besetzung des Ruhrgebiets, in unmittelbare Nähe zu rücken.

Die bevorstehende Konferenz der alliierten Ministerpräsidenten, die Sachverständigenkonferenz in Brüssel, die preussischen Landtagswahlen, am allermeisten aber die Abstimmung in Oberschlesien werden die Entscheidung über das Schicksal des deutschen Volkes bringen. Die Polen suchen diese Entscheidung mit den erdenklichsten, krupposelosen Mitteln zu ihren Gunsten zu beeinflussen, und es wird eines ungeheuren Opfermutes bedürfen, um die obersteiletsche Hauptschlagader der deutschen Wirtschaft dem Deutschen Reich zu erhalten. Gelingt das nicht, so wird der drohende Zusammenbruch schwerlich noch aufzuhalten sein, und die deutsche Volksgesundheit wird von der galoppierenden Schwindstucht befallen werden.

Aber nicht nur die Wirtschaft, sondern viel mehr noch die Volkseele ist krank. Das gilt vor allem von der Arbeiterschaft. Wirtschaftliche und soziale Kurzsichtigkeit und Egoherzigkeit, Uneinigkeit und allzu große Nachgiebigkeit an Augenblicksstimnungen freffen an der Seele des deutschen Arbeiters und lähmen jeden Versuch zur Rettung aus dem Elend unserer Zeit.

Es ist eine alte Erfahrung, daß die größten Mauthelden und Demagogen am wenigsten brauchbar zu jeder politischen Arbeit sind. Ein lebendiges Anschauungsbeispiel dieser Erfahrung bilden die Kommunisten, die man wohl als Verbild und geradezu als Widerpiel der Sozialisten bezeichnen kann. Wie die Kommunisten durch ihre ebenso prahlerisch wie unklug inszenierten „Aktionen“ bereits die Gewerkschaftsbewegung in allen Ländern — siehe Frankreich! — geschädigt haben, ist zu bekannt, als daß nochmals darauf hingewiesen zu werden brauchte. Jetzt haben sie uns wieder eine neue Ueberraschung beschert, bei der sie offenbar einen ganz besonders schlaun Trieb erfinden zu haben glauben werden. Die Zentrale der „Reinigen Kommunistischen Partei Deutschlands“ wendet sich mit einem offenen Briefe an eine Reihe von gewerkschaftlichen und politischen Organisationen, unter ihnen den „Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund“ und die Sozialdemokratische Partei, deren Mitglieder sie sonst immer als „Arbeiterverräter“, „Bonzen“ und „Kapitalstueche“ anzupöbeln pflegt, um ihnen eine Einigung zwecks einiger „unmittelbar zu beginnender, im ein-

Um ein beständiges Verhältniß zwischen Verfassung und Bevölkerung herbeizuführen, und um den deutschen Charakter und Geistesleben der Bevölkerung nicht gar zu leicht zu machen, ist es notwendig, daß die französischen Geweihten mit uns auch in Bezug auf eine Verewerung der Hochschulpflege und des Hochschullebens im höchsten Grade wirken.

Sie lief davon. Ihre gemagelten Schuße klapperten laut auf dem festgefrorenen Schnee, aber bald verflang der Schall in der Ferne. (Fortsetzung folgt.)

„Zibben der Löhne in Schweden? Die Arbeitgeber der Sögemühlen-Industrie beschlossen, die Arbeitslöhne um 20 Prozent herabzusetzen. Frühe Stellung die Arbeiter hierzu einnehmen, ist bisher nicht bekannt. Infolge des W a s c h i n s t r i k s hat allein die Schiffsahrtsgesellschaft „Eken“ etwa 40 von ihren 90 Dampfern auslegen müssen. Der Verein der schwedischen Reederei hat anlässlich des Streiks bei der Regierung um Befreiung von den Vorschriften des Bemannungs-gesetzes ersucht.

Langgasse 57/58
Verkauf 9—12, 3—6 Uhr

Die Neuordnung der Mietsabgaben für Wassergins und Treppenbeleuchtung.

1. Kassezins:

Die Vertragsklausel gilt auch der Zustimmung des Einigungsamtes durch welchen Miete oder Wasserzins festgesetzt sind. Ist in einem Vertragsklausel des Einigungsamtes der Wasserzins bereits so festgesetzt, daß der Mieter mehr zu leisten hat, als er nach obigen Bestimmungen zu leisten hätte, so bleibt es bei dem Beschlusse des Einigungsamtes. Falls gleiche gilt, wenn größere Leistungen vereinbart sind, die Verteilung des Wasserzinses auf die einzelnen Mieter erfolgt, soweit die Parteien nichts anderes vereinbaren nach der Zahl der heizbaren Wohnräume, einschließlich Küche und Kabinettzimmer. Sind Gärten oder gewerbliche Räume vorhanden, wird, falls die Parteien sich nicht einigen, ein besonderer Verteilungsmaßstab festgesetzt werden. Die Mieter sind berechtigt, ihren Mieterschaften von 1-3 Personen zu wählen, welcher die vierteljährlichen Rechnungen und die Verteilung der Rechnungssätze nachprüft.

Wenn die Aufstellung des Magistrats, die bei den Mietern
lich keine Freude auslösen wird und eine neue starke Be-
zug der werksfähigen Schichten bedeutet. Vor allen Dingen er-
teilt uns aber auch die Kermel unabhlbar, das die durch Ent-
richtungen des Mietereinkommens festgesetzten höheren Beträge
in dieser Aufstellung auch weiterhin bestehen bleiben sollen. Die
Verndungen des Mietereinkommens sind auf Grund der vordem
neu geschickten Unterlagen erfolgt. Da jetzt durch die oben-
Verordnung eine neue richtige Grundlage geschaffen ist,
ist die bisherigen Beschlüsse des Einkommensausschusses nur gelten.
Mit dieser neuen grundlegenden Festsetzung in Ein-
stehen. Wir wählten auch nicht, wie es begründet werden
könnte, das trotz der grundlegenden Neuregelungen von vornherein
Veränderungen bestehen bleiben sollen. Wenn der Magistrat nicht

Danzigs Kostenanteil zum Unterhalt des Oberkommissars.

Die Danzig-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in Warschau
haben, wie wir heute ergänzend mitteilen können, zu der Verlängerung des bestehenden Wirtschaftsabkommens bis Ende Februar 1921 geführt und nicht wie gestern auch in andern Danziger Blättern mitgeteilt wurde, nur bis 1. Febr. Ende Februar 1921 sollen dann erneute Abmachungen getroffen werden, in denen alle Fragen, die insbesondere aus dem Artikel 37 der Konvention sich ergeben, also die Versorgung mit Brennstoffen, mit Lebensmitteln, mit Rohstoffen usw. endgültig geregelt werden. Die Versorgung mit Lebensmitteln läuft also zunächst weiter bis Ende Februar. Auch Brennholz, Nutholz, Maschinöle, Spiritus, Motorenöle usw. werden bis dahin weiter geliefert. Polen hat in Aussicht gestellt, Danzig eine größere Kohlenmenge zu verkaufen.

Der starke Sturm, der seit gestern wüthet, hat, soweit bis jetzt bekannt ist, bisher ein Opfer gefordert. Der dänische Dampfer „Kevat“, der nach Danzig mit Gütern unterwegs war, ist gestern in den Abendstunden bei Stolpmünde gestrandet. Einzelheiten liegen uns bei Redaktionschluß noch nicht vor.

Am 10. Januar: deutscher Dampfer „Frieden“ mit Koks und Kohlen von Emden; deutscher Dampfer „Pegold“ mit Gütern von Rotterdam. 11. Januar: deutscher Dampfer „Räbe“ mit Gütern von Hamburg; Danziger Dampfer „Echo“ mit Gütern von Hamburg; französischer Dampfer „Chateau la Tour“ von Le Havre, Antwerpen mit Gütern; belgischer Dampfer „Estella“ von Antwerpen mit Reis und Bohnen; holländ. Dampfer „Matroje“ von Kiel mit Kohlen. Ausgegangen sind wegen des stürmischen Wetters keine Schiffe. Die Windstärke war in der letzten Nacht 7.

Die Blasmusik der Kapelle der Sicherheitspolizei findet am Mittwoch, den 12. Januar, 1 Uhr mittags, auf dem Langenmarkt statt. Das Programm bringt: Washington-Peßt! Marsch von Sousa, Ouvertüre aus „Dichter und

Polizeibericht vom 11. Januar 1921. Verhaftet: 18 Personen, darunter 6 wegen Diebstahls, 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung, 1 wegen Geldschmuggels, 8 an Vandalismus. — Gefunden: 1 schwarze Priesterkutte mit Papieren für Adolf Canziani, 1 Aufseherkutte mit braunem Futteral, abgehoben auf dem Grundbauern des Polizeipostschlums, 1 junger weisser und braun-gelber Hund mit Halsband und Kette, abgehoben von Herrn Hauswart, Wiedenakademie, Hügel 8.

Verein Arbeiterjugend Donzig. Centr. Dienstag, abends 7 Uhr,
im Heim, Spandhaus A. („Hollstimmer“), Hinterhaus; Räder u.
abends. Morgen, Mittwoch, findet, ebenfalls im Heim, ein
Viederabend unter Leitung des Genossen Müller statt. Des-
zähliges Erscheinen ist erforderlich.

Todesfälle: E. d. Schmuckmachers Rurt Rausch, 107 J. — Jenni, f. Birck Polanigin, 71 J. — Robertine Gertrud Glaasen, 25 J. 1 M. — Witwe Charlotte Jungner geb. Weimann, 88 J. 4 M. Arbeiter Eino Müller, 28 J. 8 M. — Model Lebnwelt und dem Lager Troni. — L. d. Lohleingehers A. Gubert, 11 J. — Witwe f. Reibiger geb. Puder, 74 J. 8 M. — Frau Justi Fozowits geb. Altemann, 26 J. 3 M. — L. d. Arbeiters Wilhelm Brodde, 13 J. 4 M.

Polnische Mark:	80	(am Vortage 91)
Dollar:	76½—71	(" 71)
Englische Pfund:	260	(" 261)

Polnische Mark Auszahlung Berlin: 0.
 Notenierungen der heutigen Berliner Börse: Dollar 71½.
 Pfund: Auszahlung London: 261—263. Französische Banknoten:
 425—430.

	gestern	heute		gestern	heute
Jawohl!	+ 1,44	1,38	Auszehrung	+ 2,33	2,30
Waffelhau	+ 1,50	1,74	Montanerspitze	+ 1,95	1,87
Schönaa	+ 6,70	6,74	Dieckel	+ 2,09	2,06
Walgenberg	+ 4,84	4,65	Dirschau	+ 2,40	2,30
Neuhofsterbusch	+ 2,04	2,04	Einlage	+ 2,42	2,54
Thorn	+ 1,80	1,95	Schleusenbock	+ 2,50	2,68
Tordom	+ 1,73	1,60	Wollsdorf	+ 0,28	0,44
Tulm	+ 1,80	1,64	Murachs	+ 0,72	0,72
Grundeng	+ 1,97	1,96			

Verantwortlich für Politik: Dr. Wilhelm Wolge, für den
Danziger Nachrichten: und die Unterhaltungsbeilage: Fritz
Weber, beide in Danzig; für die Inserate: Bruno Gwert
in Oliva. Druck und Verlag von J. Gehl u. Co., Danzig.

Mein

Inventur – Verkauf

zu herabgesetzten Preisen
bietet nach wie vor günstigste Einkaufsgelegenheit für

Damen-, Backfisch-, Mädchen- u. Knaben-Konfektion

L. Murzynski

Inh.: Wilh. Troschke

(3147)

Gr. Wollwebergasse 6/8

Geld verleiht

War Gold brought

Wachamer Hofhund

Schwarzbrauner

(†) St. Schwarzbraune Händlin

an Geschäfts- u. Privat
2. Andrzejewski 1907

wende ich an (3200)

billig zu verk. Daselbst e
kohl. Paletot, mittl. Fige

Sühnerh

entlaufen, auf „Tops“
hörend. Gegen hohe Be-

Danzig, Poggenpfehl 47

B. Steinhilber, Danzig,
Steindamm 33.

50 W. Torsten, Neubau
Tinnenbergstraße 14.

verkauften. Abzug
Piotrowski, Gr. W.

5. Wohnung abg. H. Müller.
9. Niedere Seigen 8. (+)

